

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Druckerschrift: Nachrichten Dresden.
Verlagsnummer: 25 241
Nur für Nachdruck: 20011.

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise.
In Dresden bei täglich zweimaligem Vordruck monatlich M. 20.—, oder durch die Post bei täglich zweimaligem Vordruck monatlich M. 20.—.
Die 1 spaltige Zeile zum vollen Satz M. 2.—, außerhalb des Satzes M. 11.—, Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsmarkt, 1 spaltige Zeile und Bezeichnung M. 2.—, Nachsch. Bezugsgebühren laut Tarif. Unverändliche Anzeigen gegen Vorauszahlung. Einzelnummer M. 2.—, Sonntagsausgabe M. 3.—.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marieenstr. 38/40.
Druck u. Verlag von Neßke & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. - Innerlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Ernst Lange
Koffer- u. Taschenfabrik
König-Johann-Str. Pinnascher-Platz

Konditorei Limberg
Prager Straße 10
Eis - Eisgetränke

Etablissement 1. Ranges - Original amerik. Bar
erstklassige warme und kalte Küche
Excelsior Diele
Seestraße 7
Konzerte Joska Lakatos, ungar. Kapellmeister, u. Cymbalvirtuos
zum 5-Uhr-Tea und abends

Die Krise in der Londoner Konferenz.

Erwarteter Abbruch der Verhandlungen.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“).
Paris, 9. Aug. Die bisher aus London eingelaufenen Nachrichten erwecken in französischen Kreisen den höchsten Pessimismus. Man demotiviert zwar an maßgebenden Stellen die Nachricht, daß die französischen Vorschläge in ihrer Gesamtheit von dem Sachverständigenkomitee verworfen worden seien, aber die gefälschte Formulierung, bei der die Worte „In ihrer Gesamtheit“ unterstrichen werden müssen, verbirgt in keiner Weise, daß der Kern der französischen Maßnahmen nicht einmal von den Belgiern gutgeheißen worden ist.

In den Nachmittagsstunden war hier alles auf die Nachricht von dem Abbruch der Verhandlungen eingestellt und auch die von französischer Seite ausgehende Ansicht, daß Lloyd George in drei der wichtigsten Punkte den französischen Forderungen nachgeben hätte, war nicht überzeugend genug, um den Gedanken an Beilegung der Situation augenblicklich kritisch zu sein.

Insbesondere hob man von französischer Seite hervor, daß Poincaré hinsichtlich der Maßnahmen im Rheinlande und im Ruhrgebiet nicht zum Nachgeben bereit sei und dies allein würde ja schon genügen, um jede Verhandlungsformel in London von vornherein unmöglich zu machen. Ganz sicherheits fürchte man, daß Lloyd George beabsichtige, vom britischen Kabinett die weitgehenden Maßnahmen zu verlangen, und daß er eventuell sogar geneigt sei, das englische Parlament einzuberufen, um ihm darzulegen, in welcher Weise die französischen Vorschläge dem Wohlergehen der britischen Wirtschaft schädlich seien. Aber auch französischerseits erklärte man, daß im Falle eines Bruches Poincaré beabsichtige, sofort das französische Parlament zu befragen.

Einberufung des englischen Kabinetts.

London, 9. Aug. Wie Reuters erklärt, ist auf Grund der Tatsache, daß keine Verständigung zwischen den Alliierten in Sicht ist, für morgen eine Sitzung des britischen Kabinetts zusammenberufen worden. Die Minister sind in ihren Vertretungen versammelt. Viele von ihnen müssen eiligst aus dem Ausland zurückkehren. Es wird erwartet, daß die Lage am Freitag ernst ist. Das Kabinett wird morgen erste Entscheidungen zu treffen haben. (wfb.)

Paris, 9. August. Der Londoner Sonderberichterstatter des „Intransigent“ kennzeichnet den Stand der Konferenz nach der Unterredung zwischen Lloyd George, Theunis und Poincaré am Vormittag wie folgt: Da jeder bei seinem Standpunkt bleibe, sei die Lage gespannter als je und im Augenblick hoffnungslos. Einer der Unterhändler habe geäußert, es sei keine Grundlage für eine Verständigung denkbar. (W. T. B.)

Beratung der österreichischen Finanzlage.

Paris, 9. August. Nach dem „Intransigent“ wird die Konferenz, bevor die Teilnehmer auseinandergehen werden, sich noch mit der österreichischen Finanzlage beschäftigen. Die gestern abend eingetroffene Note Österreichs, in der die Regierung erklärt, sie werde die Landesverwaltung den Verbündeten übergeben, wenn man Österreich nicht die Pfänder zurückgibt, die man ihnen geliehen habe, habe die Alliierten zum Nachdenken veranlaßt. Naturgemäß dürfe man auch einer ähnlichen Lage in Deutschland gegenübersehen. (W. T. B.)

Weitere Konferenzteilnehmer.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“).
London, 9. Aug. Der italienische Finanzminister Paratore ist in London eingetroffen, um an der Konferenz teilzunehmen. Lord Curzon, der sich noch in Schottland aufhält, wird in London umgehend zurück erwartet.

Umfall Lloyd Georges?

Paris, 9. August. Der Sonderberichterstatter der Agentur Havas erklärt, über die heute vormittag zwischen Lloyd George und Theunis verhandelt wurden, daß Lloyd George habe von den französischen Vorschlägen angenommen die 20prozentige Abgabe von der deutschen Ausfuhr, die Beschlagnahme der Zollentnahmen und die Kontrolle der Staatsgüter im Ruhrgebiet, sowie der Domänenforsten auf dem linken Rheinufer. Die anderen Vorschläge, wie die Zollkontrolle im Rheinlande und im Ruhrgebiet, stehen noch auf festem Widerstand der englischen Regierung. Aber Poincaré scheint unnahezu bei sich zu sein. Die Sachverständigen sollen am Nachmittag nochmals die Frage der kritischen Pfänder prüfen. Lloyd George werde morgen vormittag einen Kabinettsrat einberufen. Inzwischen werde auch Poincaré seine Kollegen unterrichten, um im Einverständnis mit ihnen zu handeln. (W. T. B.)

Dieser Havas-Bericht steht in einem gewissen Gegensatz zu folgender Reuters-Nachricht:

London, 9. August. (Reuters.) Der Redaktions-Anschluß der Konferenz hat seine Arbeiten noch nicht beendet, sondern sich auf den Nachmittag vertagt. Bisher ist für die neue Sitzung der Konferenz noch nichts vereinbart worden. Die vorherrschende Meinung geht dahin, daß die Lage, obwohl man noch nicht alle Hoffnungen aufzugeben braucht, doch sehr unangenehm sei und der Zusammenbruch der Konferenz keine Überraschung hervorrufen würde. (W. T. B.)

Französische Drohungen an Lloyd George.

Paris, 9. Aug. „Journal des Débats“ schreibt über die Krise der Londoner Konferenz: Wir hoffen stark, daß Poincaré sich nicht einschüchtern läßt. Das wird ihm, wenn er will, nicht schwer fallen, da Frankreich sein Anrecht auf Reparationen nicht auf unabsehbare Zeit ausgeben kann. Es hat weder den Wunsch noch die Absicht, die Entente im allgemeinen Wortsinne zu brechen, selbst für den Fall, daß es in den besonderen in Rede stehenden Punkten geneigt sei, gewisse Bewegungsfreiheit für sich in Anspruch zu nehmen. Es wird Poincaré ein Leichtes sein, darzutun, daß Lloyd George die ganze Verantwortung selbst übernehmen würde, aber in keiner Weise provoziert hätte.

Der „Temps“ führt in seiner Besprechung der Londoner Verhandlungen Beschwerde darüber, daß Lloyd George, der sich doch bereit erklärt habe, mit Poincaré zu verhandeln, durch die Presse die öffentliche Meinung in England gegen die französische Regierung und die von ihr vorgeschlagenen Pfänder mobil zu machen versucht habe.

„Information“ erklärt, Poincaré habe in Österreich, ja sogar in Europa eine moralische Anhängerschaft, die an seiner Tätigkeit Gefallen finde. (?) Indes dürfte man nicht erwarten, daß sein Programm unannehmlich Annahme finde.

„Liberté“ legt Poincaré nahe, daß er sich nicht so sehr terrorisieren lassen solle, wie einige seiner Vorgänger. Geht es um seinen ganzen Lande, im einmütigen Auftrag des Ministerrats, sei er nicht einen Schritt zurückzugeben. Lloyd George wüde, daß seine bis jetzt unbeschränkte Vormacht eine Schlappe erlitten habe. Er habe von der Zerküftung Gebrauch gemacht, deren er sich schon in San Remo und anderwärts bedient habe, und habe von einem etwaigen Abbruch der Verhandlungen gesprochen, der auch den Druck der Entente Cordale nach sich ziehe. (W. T. B.)

Englische Pressestimmen.

London, 9. Aug. „Manchester Guardian“ schreibt: Offenbar seien Lloyd George und seine Ratgeber nunmehr an dem Schluß gelangt, daß die französischen Vorschläge nichts als eine Katastrophe bedeuteten, daß Frankreich einen Bruch antreibe, und dann isoliert vorgehen wolle.

„Pall Mall and Globe“ schreibt, die einzige Hoffnung auf einen günstigen Ausgang liege in der Möglichkeit, daß ein von dem belgischen Minister Theunis vorgeschlagener Vermittlungsvorschlag angenommen werde.

Reuters meldet, in britischen amtlichen Kreisen werde erklärt, die britische Haltung werde von mancher Seite als deutschfreundlich bezeichnet. Dagegen sei zu bemerken, daß Großbritannien nicht Deutschland, sondern die gesamten Interessen der Alliierten vertrete. (W. T. B.)

Ein Moratorium nur gegen neue Pfänder.

Paris, 9. August. Die Zusammenkunft der Premierminister, die für heute vormittag vorgesehen war, ist ausgeschrieben worden. Unter diesen Umständen glaubt man, daß das Moratorium nur bei neuen Pfändern bewilligt würde, daß es aber möglich sei, daß man beschließen würde, die eingezogenen Beträge auszusahlen. Jedoch wolle man sich das Recht vorbehalten, diese Zahlungen einzustellen, falls Deutschland sich seiner Verpflichtungen entziehe. Die Pfänder würden also für die Dauer des Moratoriums ein Druckmittel von unbestreitbarer Wirksamkeit sein. Nach Ansicht des Berichterstatters der Agentur Havas werden diese Fragen heute entschieden. Auch er glaubt, daß sie zu recht erregten Auseinandersetzungen führen werden. (W. T. B.)

Der Erfolg für die Befreiung des Ruhrgebiets.

London, 9. Aug. „Daily Chronicle“ kennzeichnet den neuen Plan Poincarés als Erfolg für die Befreiung des Ruhrgebiets, gegen den die gleichen Einwendungen erhoben werden müßten, wie gegen diesen, nämlich daß er politisch sehr gefährlich und finanziell nicht ertragreich sein würde. Wenn die Franzosen die Wiederherstellungsfrage nach rein praktischen Gesichtspunkten beurteilen wollten, brauchte man an einer Einigung nicht zu zweifeln. Die Schwierigkeit liege aber darin, daß die Franzosen zwar volkswirtschaftliche Ausdrücke gebrauchten, gleichzeitig aber mit politischen und militärischen Werten rechneten, die mit dieser Angelegenheit nichts zu tun hätten.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ schreibt: Wenn sich die Sachverständigen auch über die Abänderung des Vorschlages Poincarés einigen müßten, so werden die Minister dies vielleicht nicht tun können wegen der allgemeinen Grundstimmung der Ueberzeugung, der Kontrolle und des Zwanges, mit anderen Worten wegen einer mehr oder weniger direkten Einmischung in deutsche Angelegenheiten.

Aufbruch der Ausweisungen aus dem Elsaß.

Paris, 9. Aug. Das „Journal“ berichtet aus Straßburg, daß dort der Befehl eingetroffen sei, die angekündigten Ausweisungen von Deutschen bis auf weiteres auszuführen. Nach dem Berichterstatter des „Blattes“ habe man für gestern Abend den Beginn der Ausweisungen erwartet und für die Durchführung dieser Maßnahmen bereits 50 Polizeieinheiten bereit gestellt. (W. T. B.)

Dollar (Freiverkehr): 820

Wehrmacht und Volksgemeinschaft.

Von Obermedizinalrat Dr. Gilbert, Dresden.
Unter begeisterten Jubel aller Bevölkerungsschichten ist im vorigen Monat die Reichswehr in dem uns verbleibenden Teile Oberschlesiens mit klingendem Spiele eingerückt. Wenn man die Berichte aus diesen Tagen liest, so steigt wehmütige Erinnerung an die solenne Zeiten deutscher Geschichte auf. Das Hochgefühl wiedergewonnenen Deutschtums in den Herzen der Bevölkerung, auf der 29 Monate der Druck der Fremdherrschaft gelastet hatte, steigerte sich beim Erscheinen der Truppe zur Höhe einer gewaltigen Begeisterung. War letztere auch zahlenmäßig klein, so löste doch ihr Auftreten in alter Zucht und Strammheit in jedem deutschführenden Herzen das Empfinden aus, daß die junge Wehr es verstanden hat, das zu werden, was sie sein soll, Bewahrerin alt überkommener deutscher Mannesugend, Repräsentantin des deutschen Staatsgedankens, der sich auf freiwilliger Unterordnung und Einfügung des einzelnen zum Wohle der Volksgemeinschaft. Nicht weniger aber waren diese Tage Festtage für die Truppe selbst, die sich in berechtigter Freude ihres Wertes bewußt werden durfte, und der Dankbarkeit, die man ihr von allen Seiten entgegenbrachte, die ihr aus den Begrüßungsworten der Vertreter von Regierung und Städten, wie aus dem Munde des sozialistischen Innenministers Severina entgegenklang. Rühnte, ja mühte dieser Geist des Vertrauens und der Dankbarkeit, mit dem das bedrohte Oberschlesien seine Reichswehr empfing, nicht eigentlich das ganze deutsche Vaterland gegenüber seiner militärischen Wehr befehlen und ihr dadurch die schwere Aufgabe erleichtern, die sie im Dienste des Vaterlandes tagtäglich freudig und gewissenhaft erfüllt, die es außerdem noch in sich schließt, daß sie zu jeder Stunde bereit ist, ihr Leben für das Wohl der Volksgemeinschaft einzusetzen? Es hat großer Idealismus für Offizier und Mann dazu gehört, trotz der auch dem Laien erkennbaren Schwierigkeiten der zwölfjährigen Dienstzeit dem Soldatenberufe treu zu bleiben oder ihn zu wählen. Gewiß ist es nicht unberechtigt, wenn mancher zunächst skeptisch die Wehrmacht gegenüberstand und mit Sorge an die Gefahren eines Söldnerheeres dachte. Um so mehr ist es jetzt Ehrenpflicht jedes Staatsbürgers, der einen Einblick in die Verhältnisse bei der Reichswehr gewinnen konnte, es vor der Oeffentlichkeit auszusprechen. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Truppe gelungen ist, durch politischen Takt und unermüdete Dienstbereitschaft trotz aller Widerwärtigkeiten von außen her im besten Sinne des Wortes ein Volkshexer zu werden. Und noch mehr: Ich meine, es gehört ein gutes Stück echt deutschen Trostes dazu, gerade inmitten aller Schwierigkeiten den wehrhaften Geist und die soldatische Ueberlieferung hochzubalten und in eine freiere und bessere Zukunft zu retten. Denn es kann nicht zweifelhaft sein, daß die Hoffnung unserer Feinde dahin ging, wir würden gerade an den Gefahren der langen Dienstzeit und des Söldnerheeres scheitern und auch noch den letzten Rest unserer Wehrbereitschaft verlieren. Es scheint gerade in diesen Tagen, als wolle sich die Sehnsucht aller wirklich vaterländisch Denkenden erfüllen, als begönne sich eine Einheits- und Abwehrfront gegen den äußeren Feind zu bilden, als regte sich von allen Seiten härter der Ruf nach der Volksgemeinschaft im Innern und nach tatkräftiger Abwehr gegen Außen. Und gerade zu der Zeit, wo die Gedanken in dieser Richtung sich zu klären beginnen, erscheint es geboten, die Augen und Herzen der Volksgenossen auch wieder auf die Repräsentanten des Wehrgedankens zu lenken, der von jeher die Krönung einer freien Volksgemeinschaft gewesen ist.

Kein Einseitiger denkt an die Propagierung eines „Nevanhefeldzuges“. Man braucht kein Fachmann zu sein, um die militärische Unmöglichkeit einer derartigen Idee auf absehbare Zeit zu begründen. Aber gerade wir, die wir verblendet zur unrichtigen Zeit und zu unserem Verhängnis viel zu weit in dem gewiß idealen Gedanken der „allgemeinen Abrüstung“ gegangen sind, gerade wir als wehrloses, entwaffnetes und geknechtetes Volk inmitten einer von Waffen starrer Welt, haben keinerlei Grund, auch noch jetzt unsere militärische Abwehrbereitschaft verlassen zu lassen und den sinnlosen Geist der ein freies Volk entnervenden Demonstrationen „Nie wieder Krieg!“ gut zu heißen, gegen den auch ein so klarblinder Sozialdemokrat wie Winnig scharf zu Felde zieht. Die Reichswehr als bezogene Hüterin dieses Wehrgedankens muß wissen und fühlen, daß das ganze Volk, so weit es Anspruch auf vaterländische Gefinnung erhebt und nicht verschommenen internationalen oder pazifistischen Ideen nachgeht, geschlossen hinter ihr steht. Es gilt, ihr in diesem Sinne einen Rückhalt zu bieten gegen das Geshrei von anderen Seiten, denen alles, was mit Reichswehr zusammenhängt, gleichbedeutend ist mit „Reaktion“ und „Militarismus“. Gerade in der letzten Zeit macht sich immer mehr eine gefährliche Lügenpropaganda und Hebe in einer gewissen Presse gegen die Reichswehr geltend, die bereits zu so abscheulichen, gewalttätigen Angriffen geführt hat wie am 28. Juni gegen den General Edelsbüchel und seinen Adjutanten in Neurode. Es ist hoch zu begrüßen, daß der Reichswehrminister Gessler um Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gebeten hat, der alle Beschuldigungen und Anwürfe gegen die Reichs-